



hingiebt, ihre Betriebe nicht mehr aufrecht erhalten zu können."

Wenn die Befugnisse der Unternehmer eingeschränkt werden, ist das noch kein Grund, die Betriebe nicht „aufrecht zu erhalten“. Sie sollen es nur einmal ausführen, was sie im letzten Satz ausgesprochen haben, die „Herren“ im „eigenen“ Betrieb. Dann wird ihnen mit erschütternder Deutlichkeit vor Augen geführt, wie zum Vorteil des ganzen Volkes die Betriebe ohne sie aufrecht erhalten werden. Das wissen sie selbst recht gut. Darum ist der letzte Satz nichts als leere Drohung.

Es ist schon kurz auf den engen Zusammenhang zwischen der Leistungsfähigkeit der Arbeiter und der Leistungsfähigkeit der Industrie, also zwischen Industrie und Sozialgesetzgebung hingewiesen worden. Die Engländer sind drauf und dran, ihre Arbeiter weit leistungsfähiger zu machen, als es sonst auf der Erde der Fall ist. Für den praktisch und opportunist handelnden Engländer ist es nicht gleichgültig, daß die deutsche Sozialpolitik wesentlich zu dem Siegeszug der deutschen Industrie beitrug. Baut Deutschland 6 Kriegsschiffe, so baut England 12, und macht Deutschland seinen Arbeiter leistungsfähiger, so tut England dasselbe in doppeltem Maße. So heißt es denn in der berühmten Rede des englischen Reichschatzsekretärs Lloyd George vom Oktober d. J. gehalten in Newcastle: „Unsere arbeitenden Klassen sind nicht zufrieden zu stellen mit leeren Versprechungen, daß alle Fragen, wie zum Beispiel die Wohnungsfrage, ihre Lösung in einer jenseitigen besseren Welt finden sollen, denn sie sind längst darauf gekommen, daß viele gerade von jenen Leuten, die so sprechen, sich im Diesseits die besten Plätze ausgesucht haben. Auch sie fordern mehr Luft und Licht, mehr Raum mehr Grün, mehr Sonnenschein, um ihre von des Tages Arbeit erschöpften Kräfte wieder zu erneuern — und das sollen sie auch haben, das neue Budget soll ihnen dabei helfen.“

Die englische Bourgeoisie weiß ganz genau, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, denn sie hat hierin Erfahrungen vor den Deutschen voraus. Lloyd George sagte in seiner Rede hierüber:

„Jeder Fortschritt der Wissenschaft, der Volksbildung steigert die produktiven Kräfte,

jeder Erfolg der internationalen Friedensbestrebungen sichert Englands Eigentum und vermehrt seinen Reichtum.“

Die Arbeiterklasse hat keinerlei Ursache, an eine endgültige Befreiung durch die bestehenden und herrschenden Klassen zu glauben, die sich selbst auf Kosten der Arbeiterklasse so gut wie nur möglich einzurichten wissen. Das Werk der Befreiung kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Der „zahlreichere Teil der Menschheit“ ist heute nicht mehr auf die Formeln des Priestertums und des Staates angewiesen: „Die große Bederin des geistigen Lebens der Leute“, so nannte selbst ein hervorragender deutscher Professor und Theologe die Sozialdemokratie! Die Sozialdemokratie hat wirklich die Befreiung der Arbeiterklasse aus materieller und geistiger Knechtschaft und Bedrückung fest in die Hand genommen. Und die Gewerkschaften helfen durch Besserung der materiellen Lage das Selbst bereiten, um das ganze Volk zur Vernunftfreiheit führen zu können. So wird die Arbeiterklasse durch zähen Kampf das Wort Schillers verwirklichen:

„Erst muß der Geist vom Joch der Notwendigkeit losgespannt werden, ehe man ihn zur Vernunftfreiheit führen kann. Und auch nur in diesem Sinne hat man recht, die Sorge für das physische Wohl der Bürger als die erste Pflicht des Staates zu betrachten.“ sp.

### Zwanzig Jahre österreichischer Hilfsarbeiter-Organisation.

Der Monat November des Jahres 1909 hat für die Hilfsarbeiterschaft im typographischen Gewerbe Wiens eine besondere Bedeutung: Vor zwei Decennien, im November des Jahres 1889, begann der Verein der Buchdruckerei- und Schriftgieberei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Wiens seine Tätigkeit. Die Gründung desselben war eine Folge des Buchdruckerstreiks im Jahre 1888, an dem zum erstenmal ein Teil der Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen sich beteiligt hatten. Das alte Sprichwort „Aller Anfang ist schwer!“ bewahrheitete sich auch hier. Langsam nur ging die Gewinnung von Mitgliedern für die neue Vereinigung vor sich und es war ein äußerst schweres Stück Arbeit, diese

Diese Sachen werden dann so bei dem Besuch von Verwandten und Bekannten und wohl auch im Kollegenkreise herumgereicht und sind allgemeiner Bewunderung gewiß. Wenn wir jedoch diese Zeichnungen hier in der Ausstellung zu Gesicht bekommen, so sind es doch noch andere Momente, welche uns zum Nachdenken anregen. Diese Anregungen werden wieder weitere Früchte tragen, nicht allein zum Vorteil desjenigen, der die Sache ausgestellt hat, sondern auch für den Beobachter, welcher die Ausstellung durchwandert. Manah einer, der ähnlich angefangen hat, jetzt aber durch irgend welche Umstände in seinen Arbeiten es zu Besserem gebracht hat, wird unwillkürlich zurückdenken an die Zeit, wo auch er mit derselben Unbeholfenheit den Bleistift dirigierte.

Durchwandern wir die Ausstellung weiter, drängt sich das urwüchsigste Schaffen und das kunstlose Auffassen der einzelnen Ideen in den Vordergrund. In diesen Bildern finden wir dann ganz merkwürdige Linien. Perspektive ist in den einzelnen Arbeiten nicht zu finden, wohl aber finden wir Landschaften, entstanden in der Fantasie des Einzelnen, welche es nie und nirgends geben wird; wir finden Wellen, welche auf keinem See, auf keinem Fluß zu sehen sind, und Steine, deren Form es nimmer gibt. Aber gerade deswegen, weil in diesen einzelnen Arbeiten alles das fehlt, was man sonst bei jedem einigermaßen vorgeschrittenen Künstler voraussehen muß; gerade deswegen üben diese Zeichnungen eine unwiderstehliche Anziehungskraft aus.

In der Natur der Sache liegt es, daß die meisten der ausgestellten mit dem Pinsel oder dem Bleistift festgehaltenen Motive sich immer in dem Horizont desjenigen bewegen, der sie fertiggestellt hat. So hat zum Beispiel der Steinheber Fritz Lauterer miniaturartig ausgeführte Darstellungen von Kircheninnen ausgestellt. Der Tischler Robert

Arbeitergruppe für den Gedanken der Organisation zu interessieren und die einzelnen zu klassenbewußten Menschen zu machen. Doch auch noch unter anderen Widerwärtigkeiten hatte die neue Organisation zu leiden; mit allen nur möglichen Mitteln der Einschüchterung arbeiteten die Unternehmer und deren Handlanger, um ihre Entwicklung zu behindern und so manches Mitglied der neuen Vereinigung wurde vor die Wahl gestellt, entweder den Verein oder die Arbeit zu verlassen. Aber die ersten Funktionäre — naturgemäß zum großen Teil Gehilfen — ließen nicht locker; ihre opferwillige Arbeit brachte die junge Organisation empor, allmählich gewann sie Boden in den Druckereien und Anerkennung in den Reihen der Berufsangehörigen. Unsägliche Mühe kostete es, die Indifferenz zu besiegen. . . .

So ging es langsam vorwärts bis zum Mai des Jahres 1891. Wie bereits das Jahr vorher wurde auch diesmal die Maifeier von den typographischen Arbeitern fast vollständig durch Arbeitsruhe begangen. Doch dem Unternehmertum, welches gelegentlich der Begehung der ersten Maifeier gezittert hatte, war der Sturm geschwollen und am 2. Mai des Jahres 1891 wurde eine größere Anzahl von Kollegen von der Aufnahme der Arbeit ausgeschlossen. Das typographische Unternehmertum frohlockte — aber nicht lange; bereits am 9. Mai stand die überwiegende Mehrheit der typographischen Arbeiter Wiens — ihre Solidarität mit den Ausgesperrten dadurch dokumentierend — im Streik. Die junge Vereinigung der typographischen Hilfsarbeiter, deren Mitglieder Schulter an Schulter mit den Gehilfen gegen die gemeinsamen Verdrücker kämpften, bestand in diesen Tagen ihre Feuertaube. . . .

Der Kampf war zu Ende, vorüber die sturmbelegten Tage. Langsam hielten die Kollegen und Kolleginnen wieder Einzug in die Offizinen und von vorne mußte bei den Hilfsarbeitern die Agitation einsehen, um den Weiterbestand des Vereins zu ermöglichen. Allmählich nur steigerte sich die Zahl der Mitglieder und erst als neue Unterstützungszweige der Agitation zustatten kamen, wurde es besser. Auch an Ausdehnung gewann er. Im Jahre 1895 dehnte der Verein sein Gebiet auf ganz Niederösterreich aus. Ein Jahr später führte

werkstatt. Seine schlafenden oder sitzenden Gestalten auf und an den Hockerbänken sind einzig und wahr. Der Bergmann Hilger geht in seinem Verufe vollständig auf. Für ihn sind die toten Köhlen, welche er täglich zu Tage fördert, Lebewesen, welchen er ganz eigenartige Gestalten gibt. Seiner Fantasie läßt er die Zügel schießen und sieht in diesen Kohlen Gestalten und Köpfe, welche er dann zu Papier bringt. Auch die Arbeitskollegen werden von einem Anderen in etwas karikiert Form zu Papier gebracht, und so sehen wir dann die merkwürdigsten „Typen“ aus der „Berliner Typen-Fängerei“. Aber wahr sind diese „Typen“ alle; wir glauben sogar einige davon zu kennen.

Wir finden bei unserem Weiterwandern weibliche Akte und Plakat-Entwürfe, die Zeichnungen toter Fische sowie lebender Insekten und vieles Andere, welches nicht einzeln aufzuführen ist, sondern hier angeschaut werden muß, um es alles richtig zu bewerten.

Aber nicht nur Dilettanten sind es, welche sich hier ausleben, sondern auch wirkliche Künstler. Diese an die Defensivität gezogen zu haben, ist wohl das Hauptverdienst des Ausstellungseleiters, des Herrn A. Levenstein. Es sind Arbeiten in dieser Gruppe ausgestellt, welche sich überall sehen lassen können. Tüchtige Leistungen, welche wohl ein jahrelanges Studium benötigt haben.

Der Besuch dieser Ausstellung ist daher jedem zu empfehlen. Namentlich derjenige, welcher sich auf dem sozialen Gebiete bewegt, wird dabei auf seine Rechnung kommen. Er wird durch die Ausstellung Einblicke in das Seelenleben der schaffenden Bevölkerung bekommen, welche ihm nie Geahntes vor Augen führen.

Wir zweifeln nicht, daß die Aussteller dem Herrn Levenstein besonderen Dank sagen werden, daß er es ermöglichte, ihre Arbeiten einem größeren Publikum vor Augen zu führen. Z.

### Feierabend.

Wohl in jedem Einzelnen von uns regt sich irgend ein Schaffensdrang, der über das Maß der täglich zu leistenden Arbeit hinausgeht, welcher sich dann auf diese oder jene Weise betätigt. Da während des Tages Last und Arbeit für Phantastereien und Fabulieren keine Zeit ist, so wird eben diese während des Tages aufgespeicherte Kraft nach Feierabend zum Ausdruck kommen. Was in diesen Feierstunden von dem Einzelnen so alles zu Wege gebracht wird, darüber gibt eine Ausstellung Auskunft, welche sich jetzt in Berlin, Potsdamerstraße 4 etabliert hat.

Von Angehörigen aller möglichen Arbeiterkategorien finden wir Kunststellungsobjekte. Der eine greift zum Bleistift und bringt, wenn auch unbeholfen, das zu Papier, was er an den Werken seines eigenen Gewerbes erschaut hat, oder er macht sich dabei und fängt an nachzuzeichnen das, was ihm an Illustrationen und dergleichen unter die Hände kommt. Ein anderer geht weiter und greift zum Malpinsel. In den heute schon in den meisten Arbeiterfamilien verbreiteten Journalen der einzelnen Bezirke finden sich Kunstbeilagen, und diese sind es dann, welche als Ausgangspunkt für die herzustellende Malerei in Angriff genommen werden, oder aber es werden die in dem Wohnzimmer befindlichen Bilder zu kopieren versucht. Daß hierdurch nicht Kunstwerke zustande kommen, ist selbstredend. Es wird das auch von dem Einzelnen nicht beabsichtigt; er will vielmehr nur sein eigenes Können betätigen.

Die Ausstellung ist in mehrere Gruppen geteilt. Die erste Gruppe umfaßt diejenigen, bei denen von Talent kaum gesprochen werden kann, die aber mit einer rühmlichen Ausdauer an die Sache herangehen und dadurch auch etwas zu Wege bringen.

der Verein die Krankenunterstützung als zweiten Unterstützungszweig neben der bisher gewährten Arbeitslosenunterstützung ein. Der Ausbau des Unterstützungszweigs war ein Mittel zu dem Zweck, die Kraft der Organisation zu heben. Als Kampforganisation konnte sich der Verein in den ersten Jahren seines Bestehens nur in sehr bescheidenem Maße betätigen, er konnte seinen Mitgliedern durch seine Unterstützungen einen moralischen und materiellen Rückhalt geben, damit sie nicht ganz der Willkür des Unternehmers preisgegeben waren und in einzelnen Fällen Verschlechterungen der Arbeitsverhältnisse verhindern oder deren Verbesserung bewirken; von einer allgemeinen Regelung der trostlosen Lohn- und Arbeitsverhältnisse konnte aber noch lange keine Rede sein. Wohl wurde bei jeder Tarifbewegung der Gehilfen der Versuch gemacht, auch für die Hilfsarbeiter tarifliche Verhältnisse zu schaffen, doch reichte die Kraft der Organisation nicht aus, um den notwendigen Nachdruck zu geben. Man mußte sich in den Jahren 1895, 1899 und 1901 mit den ablehnenden Bescheiden der Unternehmer begnügen, ja die Funktionäre mußten ihren ganzen Einfluß aufbieten, um einen spontanen Ausbruch des Unwillens zu verhindern und die Kräfte für eine günstigere Zeit zu sammeln. Aber für die Organisation waren diese vergeblichen Kämpfe nicht fruchtlos, die Erkenntnis hatte sich Bahn gebrochen, daß nur eine starke Organisation eine Besserung der Lohnverhältnisse herbeiführen könne. In diesem Bewußtsein wurde der Großteil der Mitglieder selbst zu Agitatoren und die Unzufriedenheit, diese ewige Feindin der falschen Bescheidenheit und Genügsamkeit, wirkte auch hier im kleinen Kreise wie in der großen Welt zum Guten und zum Fortschritt.

Als eine Frucht dieser Erkenntnis ist die Gründung eines eigenen Fachblattes, des „Druckerei-Arbeiter“, zu verzeichnen, die im Juni des Jahres 1902 vorgenommen wurde. Eine neue kräftige Waffe wurde für die Organisation gewonnen, die in den folgenden Jahren als wirksames Agitationsmittel verwandt wurde. Im Jahre 1902 wurde ferner als neuer Unterstützungszweig die Hinterbliebenenunterstützung eingeführt.

So kam die Tarifbewegung des Jahres 1906. Es galt nun die Ernte der jahrelangen, unermüdeten Kleinarbeit heimzubringen. Nach hartnäckigen Kämpfen in den Verhandlungen gelang es den Vertretern der Organisation, den ersten Lohn tarif der Buchdruckerei-Hilfsarbeiter Oesterreichs unter Dach zu bringen. Wohl brachte dieser erste Tarif nicht die Erfüllung aller Wünsche, sondern vielfache Enttäuschung, aber gegen den großen Vorteil, der in der Schaffung der Grundlage für die Weiterarbeit bestand, mußten eben viele Einzelwünsche zurückstehen. Der Tarifvertrag hat sich ohne besondere Schwierigkeiten durchgesetzt und wurde noch im selben Jahre auf die niederösterreichische Provinz ausgedehnt.

Einen neuen großen Fortschritt hatte das Jahr 1907 zu verzeichnen: Es erfolgte die Gründung des Reichsvereines. Mehrere der bestehenden lokalen Vereine schlossen sich dem Reichsverein als Ortsgruppen an und neue Ortsgruppen wurden ins Leben gerufen. Zu Ostern des Jahres 1908 tagte die erste Generalversammlung des neuen Reichsvereines, sie gab ein schönes Bild ernststen und hoffnungsvollen Strebens.

Nach zwanzigjähriger Arbeit ist nun aus dem kleinen niederösterreichischen Lokalverein eine kräftige Reichsorganisation geworden, die fast in allen Ländern Oesterreichs Eingang gefunden hat.

Möge die Organisation der typographischen Hilfsarbeiter Oesterreichs auch fernerhin wachsen, blühen und gedeihen, der Mitgliedschaft zu Ruh, unseren Gegnern zum Trug!

„Druckerei-Arb.“

## Unternehmer-Organisationen und ihre Streik-Entschädigungskassen.

Die Organisationen der Unternehmer sind in den letzten Jahren erheblich ausgebaut worden. Nicht nur die Tatsache, daß sie an Mitgliedern gewonnen haben, gibt ihnen gegen früher eine größere Bedeutung, sondern daß sie ihre Einnahmen erhöht und damit ihre Leistungen gesteigert haben, hat ihren wirtschaftlichen Einfluß gestärkt und befestigt.

Eine genaue Uebersicht über die Stärke der Unternehmerverbände ist allerdings nicht zu gewinnen. Das „Reichsstatistische Amt“ hat an alle offizielle bekannte Unternehmerverbände am 1. Januar 1909 Fragebogen verschickt und um deren Ausfüllung gebeten. Nicht alle haben geantwortet; ein Teil hat eine Beantwortung der Fragen ausdrücklich abgelehnt, weil sie angeblich nur den einzigen Zweck verfolgen, die Verkaufspreise ihrer Erzeugnisse zu regeln. Trotzdem sind 2592 Unternehmervereinigungen mit 159 405 Mitgliedern, die 3 647 147 Arbeiter beschäftigen, von der Umfrage erfaßt worden. Doppelsählungen dürften in diesen Ziffern nicht enthalten sein, weil nur die Mitglieder und Arbeiter der selbständigen Verbände unter Ausschluß der Zentralen aufgenommen worden sind. Wo ein Unternehmer verschiedenen Berufsvereinigungen angehört, wird er allerdings doppelt gezählt sein, was aber die Statistik nicht beeinflusst, denn er erscheint für jede Berufsabteilung als selbständiger Arbeitgeber. Von den durch die Statistik erfaßten Arbeitern waren 66,9 Prozent bei Unternehmern, die den beiden Zentralen „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ und „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ angehören, beschäftigt. Die Zahl dieser Unternehmer betrug aber nur 24,2 Prozent der organisierten Unternehmer überhaupt. Daraus geht hervor, daß die Zentralverbände die größeren Betriebe umfassen. Aber auch zwischen diesen besteht noch ein erheblicher Unterschied in der Größe der Betriebe. Beim „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ kommen auf ein Mitglied 45,2 und bei der „Hauptstelle der deutschen Arbeitgeberverbände“ 160,8 Arbeiter, woraus sich ergibt, daß in letzterem Verband die Großindustrie am stärksten vertreten ist. Von den beiden Zentralen nicht angeschlossenen Arbeitgeberverbänden sind die größten der Mitgliederzahl nach gerechnet: Der deutsche Fleischerverband, der deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und der Hauptverband deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe. Nach der Arbeiterzahl steht der baugewerbliche Verband mit 250 000 an erste Stelle, ihm folgt der Verein deutscher Tapissierwarenfabrikanten in Berlin mit 50 000, der Verband deutscher Steinmegeschäfte in Berlin mit 40 000 Arbeitern. Von den an andere Verbände angeschlossenen Vereinen ist der Gesamtverband deutscher Metallindustriellen, Berlin, mit 2800 Mitgliedern, die 510 000 Arbeiter beschäftigen, der größte.

Von besonderer Wichtigkeit ist die Stellung der Unternehmerverbände zu den Streiks und den Aussperrungen. Der „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“ versichert seine Mitglieder nicht selber gegen Streiks, sondern seine Mitglieder bilden nebenher eine selbständige Entschädigungsgesellschaft, die gegebenen Falles Unterstützungen zu leisten hat. Die „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“ hat dagegen die Streikunterstützung strenger geregelt und verfolgt den Grundsatz, daß die Arbeitgeberverbände selber die Träger der Streikversicherung sein sollen. Die gezahlten Beiträge und Eintrittsgelder, sowie die geleisteten Unterstützungen sind sehr verschieden. Die Gesellschaft des Vereins zur Entschädigung bei Arbeitszeinstellungen erhebt an Beiträgen  $\frac{1}{2}$  0/100 — das sind 50 Pf. von 1000 Mk. — der Jahreslohnsomme und vergütet bei Streiks 12 1/2 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes für jeden ausfallenden Arbeitstag. Bei Aussperrungen sinkt die Unterstützungsziffer je nach der Zahl der ausgesperrten Arbeiter von 12 1/2 bis auf 2 1/2 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes. Die Aussperrung hat, wie man sieht, für die Unternehmer und ihre Unterstützungskasse ebensogut eine schwere Belastung zur Folge, wie für die Kasse der Arbeiter. Die Waffe der Aussperrung ist zweischneibig; sie leert nicht nur die Kassen der Arbeiter, sondern auch die der Unternehmer.

Der Schutzverband gegen Streikschäden, Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, Berlin, erhebt 1 1/10 0/100 — 25 Pf. pro 1000 Mk. — Eintrittsgeld und desgleichen  $\frac{1}{4}$  0/100 Beiträge von der gezahlten Jahressumme; die Unterstützung beträgt bei Streiks 10 Prozent der auf die feiernden Arbeiter entfallenden Lohnsumme. „Die Streikentschädigungskasse des allgemeinen deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneibergewerbe, München“, erhebt für jeden Arbeiter 20 und für jede Arbeiterin 10 Pf. Ein-

trittsgeld und an Beiträgen 5 und 3 Pf. pro Woche und Arbeiter bzw. Arbeiterin. An Unterstützung zahlt die Kasse für jeden streikenden Arbeiter 1,20 Mark und für jede Arbeiterin 50 Pf. pro Arbeitstag. Die „Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller“ erhebt  $\frac{1}{4}$  0/100 Eintrittsgeld und 3 0/100 Beiträge; an Unterstützung zahlt sie je nach der Größe des Betriebes 25—30 Prozent des durchschnittlichen Tagesverdienstes für jeden ausgefallenen Arbeitstag. Bei Aussperrungen sinkt auch hier die Unterstützung bis auf 5 Proz. herunter. — Der Zechenverband Essen setzt die Höhe des Eintrittsgeldes von Fall zu Fall fest und erhebt an Beiträgen 1 Mk. für jeden im Vorjahre durchschnittlich beschäftigten Arbeiter. Die Unterstützung beträgt für jeden ausfallenden Arbeiter und pro Tag gleichfalls 1 Mk. Erheblich höher sind die Beiträge bei dem „allgemeinen deutschen Schutzverband für das Hädlergewerbe Berlin.“ Der Beitrag stellt sich dort bei einem oder zwei Gesellen auf 5,40 Mk. und steigt bei jedem weiteren Gesellen um weitere 1,20 Mk. pro Jahr, während die Unterstützung auch nicht höher ist, als beim Zechenverband. Der Großbetrieb stellt sich anscheinend, auch bei der Streikversicherung, billiger, als der Kleinbetrieb. Daß bei größeren Streiks oder Aussperrungen die Streikversicherungskassen mit den niedrigen Beiträgen in kurzer Zeit gesprengt wären, bedarf keiner näheren Darlegung. Das sieht auch der Zechenverband ein, denn er bestimmt durch Statut, daß die Hauptversammlung nötigenfalls die Verdoppelung der Beiträge beschließen kann.

Die Unterstützung bei Streiks und zumeist auch bei Aussperrungen wird nur gewährt, nachdem die Berechtigung von der hierzu eingesehenen Instanz anerkannt worden ist. Die Unterstützung erfolgt auch erst nach einer bestimmten Wartezeit, die zwischen 3 und 12 Monaten beträgt. Einige Versicherungsgesellschaften und Unternehmerverbände geben gleich vom ersten Tage an nach Ausbruch des Streiks eine Entschädigung, während andere erst nach mehrjähriger Dauer des Streiks oder der Aussperrung Zahlungen leisten. So zahlt der „Schutzverband selbständiger Glaser“ während der ersten 14 Tage überhaupt keine Entschädigung, und der „Leipziger Verband der Metallindustriellen“ bewilligt die Streikunterstützung nicht über 100 Tage hinaus. Einige Verbände sprechen in ihren Statuten offen aus, daß sie für den Fall eines Generalausstandes überhaupt keine Entschädigung gewähren. Der „Allgemeine deutsche Arbeitgeberverband für das Schneibergewerbe“ zahlt eine Entschädigung erst dann, wenn ein Fünftel oder mehr der beschäftigten Arbeiter ausfallend sind. Einige Vereine stellen auch die Zahlungen ein, sobald  $\frac{2}{3}$  der vor Ausbruch des Streiks beschäftigt gewesenen Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Von besonderem Interesse sind noch die dem „Reichsstatistischen Amt“ von den Unternehmerverbänden auf Grund der ansgegebenen Fragebogen über die für Streiks geleisteten Entschädigungen. Bei der „Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Entschädigung bei Arbeitszeinstellungen“ sind im vergangenen Jahre von 8 Gesellschaften Entschädigungsansprüche in Höhe von 525 318 Manntagen gestellt worden, für die eine Entschädigung von 153 457 Mk. geleistet wurde. Das müßt auf den Streiktag und Arbeiter 29,2 Pfg. Die Gesellschaft hatte bei den geringen an sie gestellten Forderungen in diesem Jahre einen Ueberschuß von 80 000 Mk. erzielt, eine lächerlich geringe Summe, die ein einziger Streik mehr nicht nur aufgezehrt, sondern den Gewinn in ein Defizit verwandelt haben würde. Bei der Gesellschaft des „Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitszeinstellungen“ betragen die durch Streiks und Aussperrungen ausgefallenen Arbeitstage 321 754, von denen 52 362 auf Streiks und 269 392 auf Aussperrungen entfielen. Es erhielten:

48 Firmen eine Entschädigung bis	1000 Mk.
12 " " " von 1000 bis 5000 "	
5 " " " " 5000 " 10000 "	
5 " " " " 10000 " 25000 "	
1 " " " " 25000 " 50000 "	
2 " " " " über 100000 "	

Die Gesellschaft schließt mit einem Ueberschuß von 321 514 Mk. ab. Dieser verhältnismäßig günstige Abschluß ist auf die geringe Zahl von Streiktagen zurückzuführen, was durch die schlechte Konjunktur erklärlich ist. Bei der Gesellschaft des „Arbeiterverbandes Unterelbe“ zeigt sich das noch drastischer. Im Jahre 1907 wurden für 75 541 Manntage Entschädigung in Höhe von 61 586 Mk. und im Jahre 1908 nur für 41 454 Manntage in Höhe von nur 27 838 Mk. beantragt. Sobald aber, wie das jetzt festzustellen scheint, der Höhepunkt der Krise überschritten ist, so werden die Gewerkschaften mit ihren zurückgehaltenen Lohnforderungen in anderer Weise als bisher an die Unternehmer heranreten.

In diesen Kämpfen wird sich auch zeigen, daß die Organisationen der Unternehmer weniger zu fürchten sind, als verschiedentlich angenommen wird. In den Zeiten wirtschaftlicher Depression können sie den Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung vielfach ernstlichen Widerstand entgegensetzen. Inzwischen sind die Arbeiter nicht müßig gewesen, sie haben durch Festigung ihrer Organisationen dafür gesorgt, daß die Bäume der Unternehmer nicht in den Himmel wachsen.

## Korrespondenzen.

**Halle a. S.** Versammlung am 6. November. Nach der Protokollverlesung gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal, aus der hervorgeht, daß die Ausgaben die Einnahmen überschritten haben. Der Mitgliederbestand beträgt gegenwärtig 163. Unter Verbandsangelegenheiten entspann sich eine lebhafte Diskussion über die Zustände in einzelnen Druckereien nach der Tarifreife. Es kommt da hauptsächlich inbetracht die Druckerei der „Halle'schen Zeitung“, wo noch ein Stereotyparbeiter mit 12,50 Mk. entlohnt wird. Die Prinzipale wollen nämlich alle Hilfsarbeiter als Arbeitsburschen betrachten und damit den tariflichen Lohn aus dem Wege gehen. Auch die Firma Friedrich u. Bauer zahlt einem Stereotyparbeiter 15 Mark. Bei Schwefelste bekommen zwei Hilfsarbeiter, welche schon längere Zeit beschäftigt sind, 12 und 15 Mk. Die „Saale-Zeitung“, welche sich liberal nennt und deren Besitzer selbst in der Tarifkommission die Löhne mit festgelegt hat, bezahle einem Kollegen, welcher schon lange Jahre in Stereotypen tätig ist, einen Wochenlohn von 20 Mk., einschließlich der Ueberstunden. Die Arbeitszeit ist folgende: Von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags und von 11 Uhr abends bis 4 Uhr früh; dazu kommen noch 1 bis 2 Ueberstunden. Der Kollege hatte zweimal die Zeit verschlafen, was Grund genug war, den lästigen Wahn los zu werden. Der Betrieb hat jetzt einen Kollegen aus dem Maschinenaal bekommen, welcher bei derselben Arbeitszeit mit 17 Mk. wöchentlich entlohnt wird. Damit er nun nicht in Gefahr kommen kann, auch die Zeit zu verschlafen, so hatte er gleich sein Nachtlager in der Druckerei aufgeschlagen. In der „Halle'schen Zeitung“ werden auch zwei Kolleginnen nicht tariflich bezahlt; die eine wird als zu jung bezeichnet, muß aber trotz ihrer 16 Jahre drei Tiegel bedienen, die andere ist schon drei Jahre Anlegerin und ¼ Jahre im Betrieb tätig. Da sie nun den tariflichen Lohn verlangt, kann sie nach Meinung des Faktors nicht mehr ordentlich anlegen! Auch über die Firma Friedrich u. Bauer wurde lebhaft Klage geführt, weil dort meistens mit jugendlichen Arbeiterinnen gearbeitet wird, deren Lohn 4,50 bis 5 Mk. wöchentlich beträgt; eine einzige erhält 10,50 Mk. Wir fragen nun, wo bleibt in diesen Fällen der Tarif? Die Prinzipale haben doch die von uns vorgeschlagene Alterskala nicht beachtet, sondern haben einen Minimallohn von 10,50 Mk. im ersten Jahre ohne Rücksicht auf das Alter festgesetzt. Des Weiteren befaßte sich die Versammlung mit der Firma Wald u. C., welche der Prinzipalsvereinigung nicht angehörr. Dort werden Löhne bis 8,50 Mk. bezahlt. Als die Vertrauensperson um Anerkennung des Tarifes hat, vertritt die Druckereibesitzer die Kollegenchaft auf Weibmachten. Zu bemerken ist, daß in dieser Druckerei verschiedene Konsumvereine ihre Arbeiten herstellen lassen. In der Gewerkschaftsdruckerei wird sehr unangenehm empfunden, daß zu wenig Personal beschäftigt wird. Von einem dort beschäftigten Maschinenmeister werden Anlegearbeiten berichtet und der Geschäftsführer behient den Tiegel und die Perforiermaschine. Im Maschinenhaus wird wohl der Tarif bezahlt, aber die

Behandlung des Personals läßt sehr viel zu wünschen übrig. Recht bezeichnend für die dort arbeitenden Drucker ist, daß an sämtlichen Schnellpressen mit Anlegeapparaten kein einziger Hilfsarbeiter oder Arbeiterin beschäftigt wird. Alle Arbeiten werden von den Gehilfen verrichtet. Wir glauben nicht, daß sie durch ihren Tarif verpflichtet werden, einer ganzen Anzahl Hilfskräfte, die eingestellt werden könnten, die Arbeitsmöglichkeit zu unterbinden. Desgleichen wird es notwendig sein, daß der Faktor dieses Betriebes sich einer anständigeren Umgangsform mit den Arbeiterinnen befleißigt, sonst könnte es leicht passieren, daß wir einige Proben aus dem umfangreichen Sprachschuß dieses „intelligenten“ Herrn demnächst der Öffentlichkeit zur Beurteilung unterbreiten. Nachdem noch beschlossen wurde, die Zahlstellungsverammlungen jeden Sonnabend nach dem 15. abzuhalten, fand die Versammlung, an die sich ein gemütliches Tänzchen angeschlossen, ihr Ende.

**Hamburg.** Mitgliederversammlung am 13. November. Kollege Glarner machte bekannt, daß auf der Gaunkonferenz, die am 23. und 24. Oktober in Berlin stattfand, beschlossen wurde, in Hinblick auf die bereits 1911 ablaufende Tarifgemeinschaft den Verbandstag schon im Herbst des nächsten Jahres abzuhalten. Also auch wir Hamburger haben bis dahin noch manch Stück Arbeit vor uns, wie Werbung von Mitgliedern, Bearbeitung des Gaues usw. Es heißt alle Kraft aufzubringen, wollen wir in Bremen nicht irgendwie rückständig erscheinen. Vorwärts und aufwärts! lautet unsere Parole. — Kollege Lohse ging hierauf kurz auf die Misere in der bisher gebräuchlichen Beitragskassierung ein und teilt die Beschlüsse der letzten Vertrauenspersonensitzung mit. Die Vertrauensleute kommen in Zukunft zwecks Abrechnung aufs Bureau, für die weiter entfernt liegenden Stadtteile werden Bezirke eingerichtet und für die Bemühungen der bei der Kassierung in Frage kommenden Personen sollen fortan 2 Prozent als Entschädigung gezahlt werden. Außerdem wird sich der Vorstand mit der Bildung einer Kommission beschäftigen. Diese hat die Kassierung ständig zu überwachen und wo Mißstände aufzutreten, einzugreifen. Im übrigen können sich ihre Mitglieder aber auch noch um die Verbesserung des Systems verbieten machen, denn daß es hier noch viel zu tun gibt, dürfte allen klar sein. Kollege Kirchner verliest nunmehr die Abrechnungen vom Sommerfest und vom dritten Quartal. Sommerfest: Einnahme 295,20 Mk., Ausgabe 229 Mk., Ueberschuß 66,20 Mk. Zentralfasse: Einnahme 2787,55 Mk., Ausgabe 1888,83 Mk., abgeführt an die Hauptkasse 901,72 Mk. Lokalfasse: Einnahme 770,36 Mk., Ausgabe 712,86 Mk., Ueberschuß 57,50 Mk. Ausgeschlossen sind 2 männliche und 32 weibliche Mitglieder. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Kollege Selge bemängelte den schwachen Besuch des Sommerfestes. Es sei moralische Pflicht, daß jedes Mitglied wenigstens eine Karte nähme. Bezüglich der Feuerungszulage konnte leider noch nichts Definitives berichtet werden. Zum Schluß machte Kol. Glarner auf eine kleine Agitationschrift aufmerksam, durch welche voraussichtlich ein großer Teil Fernstehender der Organisation zugeführt wird.

## Rundschau.

**Unfälle.** Im Maschinen- und Sechsaal des Lübecker Stadt- und Landboten stürzte ein Teil der Decke ein und begrub eine Anlegerin, die an der Schnellpresse stand. Die Verunglückte trug eine leichte Gehirnerschütterung davon.

**Der Anschluß der American Federation of Labour an das internationale Sekretariat der Gewerkschaften.** Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands teilt folgendes mit: Der internationale Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen erhielt am Sonnabend, den 20. November) von dem Präsidenten der American Federation of Labour ein Telegramm aus Toronto des Inhaltes:

„Die American Federation of Labour hat den Anschluß an das internationale Sekretariat beschlossen. — Gompers.“ Mit dieser vollendeten Aufgabe dürfte nunmehr allen Ansehensbeziehungen für und wider den amerikanischen Bund und Gompers der Boden entzogen sein. Was die Generalkommission erkröhrt, — ein enger Bund um die großen Bräuderverbände der Gewerkschaften zweier Welten zu schließen, — das ist erreicht worden, trotz aller anfänglich des Gompers-Empanages in Berlin gemachten Schwierigkeiten. Die Gewerkschaften und alle, die ihnen zur Seite stehen, werden diesen erfreulichen Abschluß der Verhandlungen mit großer Genugtuung

begrüßen. Fortan wird in jedem Lande die Gewerkschaftsbewegung dem Arbeiter ein Stück Heimat und Tatenbeschäftigung bieten, und mit vereinten Kräften wird sie den Kampf gegen das weltumspannende Kapital aufnehmen — diesseits wie jenseits des Ozeans.

**Das Ende des Niesentkampfes in Schweden.** Die Massenaußsperrungstaktik der schwedischen Unternehmer hat eine Niederlage erlitten. Vergleichsvorschläge, die förmlich in einer von Regierungsbeamten eingeleiteten Verhandlung gemacht wurden, lehnten die Unternehmer ab. Und doch sollte nur prinzipiell erklärt werden, daß dem Arbeitgeber das Recht der Betriebsleitung, der Einstellung und Entlassung der Arbeiter zusteht und daß das Anstaltsrecht von beiden Seiten unangefochten bleiben muß. Diese Bestimmungen sind zwar schon in den Tarifverträgen enthalten. Die Unternehmer akzeptierten sie dennoch nicht, sie hätten sonst ihre Niederlage anerkannt. Die Unternehmer hoben aber auch die Aussperrung in der Eisenindustrie auf, die letzte noch faktisch vorhandene Aussperrung. Damit ist zugleich das Risiko der Massenaußsperrungstaktik erklärt.

Die schwedische Arbeiterschaft hat drei Positionen durch den Kampf gewonnen, die von unschätzbarem Wert sind. Sie ist zunächst in den ursprünglichen Konflikten nicht gebunden worden durch Verträge mit reduzierten Löhnen für die kommende Konjunkturperiode. Sodann ist das Bestreben des Arbeitgebervereins, die ganze Gewerkschaftsaktion durch eine Reihe prinzipieller Vertragsbestimmungen lahmzulegen, auf der ganzen Linie zurückgeworfen worden. Und drittens hat die Aussperrungstaktik der schwedischen Unternehmerrorganisation ganz zweifellos einen derartigen Stoß erhalten, daß sie in absehbarer Zeit nicht die bisherige Bedeutung wieder erlangen kann. Denn dafür werden die Unternehmer schwer wieder zu haben sein, einen derartigen Kampf monatelang ergebnislos zu führen. Die Landesorganisation der Gewerkschaften hat durch den Kampf also das erreicht, was sie in der Massenstreikproklamation als den Zweck des Kampfes bezeichnete: Den Trobungen mit der Massenaußsperrung aus Unlaß jeden kleinsten Konflikts einen Damm zu setzen.

Die schwedische Landeszentrale sandte an die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften unterm 16. d. M. folgendes Telegramm:

„Nachdem unser Kampf jetzt in ein neues Stadium getreten ist und im Hinblick auf die großzügige Hilfe, die uns von der deutschen Arbeiterschaft gewährt wurde, teilen wir mit, daß die Sammlung in Deutschland jetzt geschlossen werden kann. Circa 15 000 Arbeiter bleiben jedoch auch jetzt noch außer Arbeit.“

Der deutschen Arbeiterschaft bringen wir für die uns gewährte Hilfe unseren wärmsten Dank. Für das Landessekretariat:

Lindequist.

Die Generalkommission schließt mit Bezugnahme auf diese Mitteilung die Sammlung für die Schweden und ersucht die Organisationen und Kartelle, die noch eingehenden Gelder gemäß den Bestimmungen der Kölner Resolution betr. Streikunterstützung an den Kassierer der Generalkommission, H. Aube, Berlin S. O. 16, Engelauer 14/15, einzuliefern.

Der Kassierer quittiert über bisher in Summa von 1 283 161,60 Mk. eingegangene Gelder für die schwedischen Kämpfer.

**Betriebsergebnisse.** Die Mainzer Verlagsanstalt und Druckerei A.-G., vorm. J. Gottschleben und H. Kupferberg, erzielte im Geschäftsjahre 1908/09 einen Reingewinn von 59 137,93 Mk. Die zur Verteilung gelangende Dividende beträgt 6 Prozent. — Die Straßburger Druckerei und Verlagsanstalt vorm. R. Schulz u. Co. wirft für dieselbe Zeit eine 7-prozentige Dividende ab.

## Versammlungskalender.

**Dorimund.** Jeden ersten Mittwoch im Monat Mitgliederversammlung 8 Uhr abends im Lokale des Herrn Dires, Bräuderweg.

## Briefkasten.

**Grimmischau.** Der Bericht ist aus taktischen Gründen zur Aufnahme nicht geeignet. Näheres durch den Gauleiter, an den wir die Einfindung weiterleiteten. — **M. Th. Leipzig.** Ihre Dankagung konnte keine Aufnahme finden, weil infolge eines Beschlusses der Redaktionskommission nur Versammlungs-, Fest- und Todesanzeigen veröffentlicht werden. (Siehe „Solidarität“ Nr. 28 vom 10. Juli d. J.). Besten Dank für frdl. Ueberwendung des Bildes.

# Beilage zur „Solidarität“

Nr. 48.

Berlin, den 27. November 1909.

15. Jahrgang.

## Tarif-Schiedsgericht für das Buchdruckerei - Hilfspersonal Stuttgarts.

Sitzung am 18. Oktober 1909.

Zur Verhandlung steht eine Klage der Einsteckerinnen eines Zeitungsbetriebes auf Weiterzahlung der seit Jahren vereinbarten Entschädigung für das Einstecken besonderer Beilagen. Die Klägerinnen sind als Einsteckerinnen mit einem Grundlohn von 1 Mk. bis 1,40 Mk. pro Tag beschäftigt. Die Arbeitszeit beginnt in der Regel um 11 Uhr vormittags und dauert bis 2 Uhr mittags. Die Frauen müssen aber täglich von morgens 8 Uhr an in Bereitschaft stehen und auf telephonische Nachricht sofort im Geschäft erscheinen. Am Sonnabend beginnt die Arbeitszeit stets um 9 Uhr vormittags und erstreckt sich bis gegen 3 Uhr nachmittags und erhalten die Einsteckerinnen an solchen Tagen neben ihrem Grundlohn für jede mehr einzusteckende fremde Beilage 1 Mk. pro Person mehr. In der Woche ist die durchschnittliche Arbeitszeit 18—21 Stunden und der Durchschnittsverdienst beträgt 10—12 Mk. Die Geschäftsleitung beabsichtigt nun in Zukunft die Bezahlung für diese besonderen Beilagen in der Weise zu regeln, daß den Einsteckerinnen für diejenige Zeit, die sie außer von 11—2 Uhr zu arbeiten haben, ein Stundenlohn von 30 Pf. bezahlt würde.

In einer Versammlung der Einsteckerinnen bezeichneten diese die angebotene Entlohnung als für sie unannehmbar, da sie dadurch wirtschaftlich geschädigt würden. Falls ein Vortelligerwerden des Vorsitzenden der Zahlstelle Stuttgart des Hilfsarbeiterverbandes ohne Erfolg bliebe, sollte zur Schlichtung der Sache das Tarifschiedsgericht angerufen werden.

Die beabsichtigte Entlohnungsänderung begründet die Direktion des Betriebes mit dem Hinweis, daß um die Zeitung rascher verandfertig zu haben, das Einsteckerinnenpersonal im Laufe der Zeit — seit ca. 5 Jahren — verdoppelt worden, und die Entlohnung dadurch gegen früher über Verhältnis höher geworden sei. Im Jahre 1904 seien 23 Einsteckerinnen beschäftigt gewesen und die Auflage habe 45 000 betragen. Bei Bezahlung von 1 Mk. pro Beilage und Person habe sich damals — 3 Beilagen angenommen — ein der Arbeitsleistung entsprechendes Lohnverhältnis ergeben und zwar  $23 \times 3 \text{ Mk.} = 69 \text{ Mk.}$  für  $3 \times 45 000 = 135 000$  Beilagen oder rund 46 Pf. für 1000 Beilagen einstecken. Gegenwärtig jedoch würden etwa 45 Einsteckerinnen beschäftigt; die Auflage wäre allerdings auf 50 000 gestiegen, aber die geleistete Arbeit entspreche jetzt nicht mehr der Entlohnung, denn wieder 3 Beilagen angenommen ergäbe  $45 \times 3 \text{ Mk.} = 135 \text{ Mk.}$  für  $3 \times 50 000 = 150 000$  Beilagen, oder 90 Pf. für 1000 Beilagen einstecken.

Es sei dadurch auch zweifellos erwiesen, daß das 1904 geleistete Arbeitspensum um die Hälfte zurückgegangen, da die Zeitrechnung für eine Einsteckerin nur 1100 Exemplare und eine Entlohnung von rund 1 Mk. pro Stunde ergäbe; gegenüber ihren anderen gelernten Arbeitern aber hält die Geschäftsleitung diese Entlohnung für ungerechtfertigt.

Der von der Direktion außerchiedsgerichtlich angebotene Einigungsorschlag: Belassung der Grundlöhne und Entschädigung von 50 Pf. pro Einsteckerin und pro Beilage, wurde von den Einsteckerinnen abgelehnt; auch das auf Vermögen des Prinzipalsvorsitzenden von den Direktoren bewilligte Zugeständnis auf 75 Pf. unter Belassung der Grundlöhne wurde seitens der Vertreter der Hilfsarbeiter abgelehnt.

Entscheid: Die Klage wird mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Begründung: Von den Vertretern der Hilfsarbeiter wird unter Berufung auf § 14 des Tarif-

vertrages die Forderung eines seit Jahren vereinbarten Lohnsatzes als unzulässig erklärt; die Entlohnung der Einsteckerinnen dürfe im übrigen als glänzend nicht angesehen werden, da für diese der Wochenverdienst, der doch nur 10—12 Mk. betrage, inbetracht gezogen werden müsse und im Verhältnis dazu einzuschätzen sei. Daß ferner die Frauen die ganze Woche über in Arbeitsbereitschaft sein müssen, wodurch ihnen weitere Arbeitsgelegenheit verloren geht. Weiter wurde von denselben in Betracht gezogen, daß die Arbeitszeit sich seit 1904 zu Ungunsten der Einsteckerinnen verschob, denn damals sei um 1 Uhr angefangen worden, sodas der Vormittag für etwaige Nebenarbeiten vollständig frei gewesen sei.

Die Prinzipalsmitglieder pflichteten dem hilfsarbeiterseitig vorgebrachten Einwand mit Bezug auf § 14 des Vertrages grundsätzlich bei, verwiesen aber darauf, daß Vertragsbestimmungen gerechterweise nur zu gleichbleibender Entlohnung bei gleichbleibenden Leistungen verpflichteten; jedoch in diesem Falle sei durch die Mehrereinstellung von Einsteckerinnen das zu leistende Arbeitspensum tatsächlich sehr zurückgegangen und deshalb eine entsprechende geringere Bezahlung hierfür berechtigt.

## Aus dem Genossenschaftsleben.

Der Bau der Seifenfabrik der Groß-Einkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine nähert sich seiner Fertigstellung. Anfang November ist die Richtfeier abgehalten und der Grundstein vermauert worden. Dieser befindet sich in einem feuerfesten Keller, der dazu bestimmt ist, die Registratorien aufzunehmen. In den Grundstein versenkt wurde eine Kupferbüchse, mit der in künstlerischer Weise in der eigenen Druckerei hergestellten Gründungsurkunde, sowie Abschriften von Verträgen und Druckfachen aller Art, die auf Errichtung der Seifenfabrik Bezug haben. Die Fabrik liegt auf einem freien Grundstücke das Gleisanschluß hat. Zu Wasser ankommende Frachten werden auf Bahnwagen umgeladen und bis an die Fabrikgebäude geführt; das Grundstück wird, sobald die Straßen ausgebaut sind, an drei Seiten von öffentlichen Straßen begrenzt. Die Fabrik besteht aus einem Hauptbau und mehreren kleineren baulichen Anlagen. Die eigentliche Fabrik setzt sich aus Vorder-, Mittel- und Hinterflügel zusammen. An der linken Seite des Vorderbaues erhebt sich ein starker Turm, der das Haupttreppenhäus und oben das Wasserreservoir enthält. Vorder- und Hinterbau werden von den beiden Flügeln des Mittelbaues miteinander verbunden und umschließt einen großen Hof, der mit einem Glasdach versehen ist. Die ganze Anlage ist unterkellert. Rechts vom Fabrikgebäude liegt das Kesselhaus mit dem Niefenschornstein, links liegt ein kleineres Gebäude, welches Kantine, Speise- und Garberäume, Bäder und auch das neuerdings von Sozialpolitikern gewünschte Stillzimmer, in welchem arbeitende Frauen ihre Kinder stillen können, enthält.

In der Ecke des Grundstücks liegt das Verwaltungsgebäude, welches Wohnungen für die leitenden Beamten und die Hausleute enthält. Zum kaufmännischen Leiter der Fabrik ist Herr Grundfütter, zur Zeit Geschäftsführer des Konsumvereins „Vorwärts“ in Barmen, gewählt worden; zum technischen Leiter ist Herr Günther aus Leipzig bestimmt.

In wahrhaft großzügiger Weise hat die Groß-Einkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine hier den ersten Schritt zur nationalen Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion getan. Es ist ein Werk geschaffen worden, auf das die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung stolz sein kann. Nun ist es die Aufgabe der deutschen Konsumvereine und ihrer Mitglieder, durch genossen-

schaftliche Treue die Arbeit zu krönen und dahin zu wirken, daß der Erfolg des Unternehmens den Erwartungen entspricht, sodas die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung und ihre Groß-Einkaufs-Gesellschaft aus diesem Erfolge den Mut und die Kraft zum weiteren Vordrängen zu neuen Zielen gewinnt.

Die bayerische Abgeordnetenkammer hat das neue Einkommensteuergesetz angenommen, dabei ist es recht beachtenswert, daß das neue Gesetz die landwirtschaftlichen sowie die Vorfuß- und Kreditgenossenschaften von der Einkommensteuer ausnimmt, während die Konsumgenossenschaften zur Steuer herangezogen werden. Die bayerische Abgeordnetenkammer ist in überwiegender Mehrheit aus Vertretern der Besitzenden zusammengesetzt und so kann dieser Beschluß nicht weiter Wunder nehmen, wenn man bedenkt, daß die Mitgliedschaft der steuerfrei bleibenden Genossenschaftsgruppe sich fast ausschließlich aus besitzenden Kreisen rekrutiert, während in den Konsumgenossenschaften fast nur besitzlose Proletarier organisiert sind. Der bairische Politiker Herr Dr. Heim, der Bauern doktor, wie er in süddeutschen Blättern oft genannt wird, trat in recht nachdrücklicher Weise für die Besteuerung der Konsumvereine ein und nicht zuletzt seinem Einflusse ist es zu verdanken, daß in Bayern in Zukunft zweierlei Recht für Genossenschaften bestehen wird. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften bleiben nach wie vor steuerfrei, sie erhalten sogar noch Staatsunterstützung, aber das Steuerrecht der Konsumvereine wird bedeutend verschlechtert. Die Konsumgenossenschaftler haben alle Ursache, sich einen derartigen Volksvertreter genau zu ansehen, dessen Volksvertretung darin besteht, daß er die Genossenschaften der Besitzenden fördert, sogar mit Staatshilfe fördert, der aber die Genossenschaften der Proletarier bekämpft und sein Möglichstes tut, um diese mit Steuern zu belasten.

In Sachen steht z. B. die Steuerfrage für die Konsumgenossenschaften etwas günstiger; obgleich die Mittelständler in den Wahlkampf gezogen waren mit der Parole: „Gegen die Konsumvereine und die Sozialdemokratie!“ hat letztere doch eine große Anzahl von Stimmen erobert und somit dem sächsischen Parlament auch Genossenschaftler einverleibt. Vielleicht ist darauf der Beschluß des königlichen Ministeriums zurückzuführen, der als letzte Instanz entschieden hat, daß die von den Mittelständlern gegen die Konsumvereine geforderte Umsatzsteuer endgültig abgewiesen ist. Noch ist allerdings dies Dammeschwert der ungerechten Besteuerung für die Konsumvereine nicht vollständig verschwunden; die Warenhaussteuer, die ihnen gleichfalls droht, ist in Vorbereitung, doch dürfte es bei der jetzigen Zusammensetzung des sächsischen Landtages den Freunden der Ausnahmesteuern schwer werden, ihre gesetzgeberischen Experimente, mit denen sie den verhassten Konsumvereine und den Warenhäusern den Garaus machen wollen, in die Wirklichkeit umzusetzen. Nebenbei liegt es in Baden, dort bekamen die Mittelständler mit ihrer Parole: „Umsatzsteuer!“ nicht einen Abgeordneten. Die Wahlen in den beiden Ländern beweisen, daß die Konsumgenossenschaften, obwohl sie selbst politisch neutral sind, doch versuchen müssen, ihre Freunde in die Parlamente zu entsenden, um dort das gleiche Recht für sich zu erkämpfen, das anderen Genossenschaften zuteil wird. Gert.

## Rundschau.

Ehre dem Fleiß! Unter dieser Ueberschrift behandelte die „Völnische Zeitung“ ein Thema, das besonders jetzt, anlässlich der Steuererhöhungen „aktuell“ geworden ist und auch die Aufmerksamkeit unserer Leser und Leserinnen, besonders in

Norddeutschland, verdient. Das rheinische Blatt schreibt unter anderem:

„Der Pfennig hat bei uns fast gar kein Heimrecht, er wird wie ein Ausföhriger gemieden, und man geht ihm dadurch in weitem Bogen aus dem Wege, daß man auftrundet. Nach oben natürlich. Dieses Auftrunden ist namentlich dem Norddeutschen so in Fleisch und Blut übergegangen, daß man sich als knickerig vorkommt, wenn man ein Dreierbrötchen nicht mit einem Nickel bezahlt. Ein Trinkgeld gar zu geben, daß bei einer Tasse Kaffee oder einem Straßenbahnбилет nur die üblichen zehn Prozent betragen würde, wagt überhaupt kein Mensch, weil er Gefahr läuft, daß er sich einer Ablehnung aussetzt. Er muß auftrunden, auftrunden, auftrunden. Und wenn dabei fünfzig Prozent herauskommen, er muß auftrunden, oder es ist um seine Anständigkeit um den Respekt geschehen. Denn der Pfennig ist unanständig geworden, so unanständig, daß er z. B. in jeder norddeutschen Bierstube, die etwas auf sich hält, überhaupt nicht geduldet wird. Das Bier kostet zwanzig oder fünfundsanzwanzig, oder dreißig oder fünfundsunddreißig Pfennig. Zwischenrufen gibt es nicht. Welche Unsumme der biertrinkenden Menge infolge dieser Auftrundungsmethode alljährlich abgezapt werden, läßt sich nicht berechnen, aber schätzen, und dabei werden viele, viele Millionen anzusehen sein. Also eine freiwillig-unfreiwillige Biersteuer, die von keiner staatlichen Behörde, sondern lediglich von einem Vorkurteil, von einer albernern Vornehmheit auferlegt wird und von der man sich im Süden des Reiches noch völlig frei weiß, ohne daß sich der Biertrinker minderwertig dabei vorfindet. Der norddeutsche Becher hat es sicher auch schon gefühlt, daß er zu Unrecht gezehnet wird, aber er hat es gar nicht erst versucht, sich dagegen zu wehren, weil er am Erfolg verzweifelte. Nun aber bietet sich ihm eine unerwartete Gelegenheit, die er sich nicht sollte entgehen lassen, um mit der kostspieligen Auftrunderei zu brechen. Die neue Biersteuer führt zu einer Erhöhung der Schanzpreise, die für das Getostlitter etwa sieben bis zehn Mark, für die üblichen vier Zehntel Liter also drei bis vier Pfennig beträgt. Wollte man wiederum auftrunden, so kämen Preise heraus, die zu der Belastung des Bieres durch das Reich in keinem Verhältnis mehr stehen würden, und die dazu führen müßten, daß der Bierverbrauch noch stärker zurückginge, als schon ohnehin zu erwarten ist. Viele Gastwirte haben denn auch starke Bedenken, gleich um einen Nickel aufzuschlagen; da sie aber bei dem jetzigen Preis nicht stehenbleiben können, wird kein anderer Ausweg übrig bleiben, als zum Pfennig seine Zuflucht zu nehmen. So könnte denn die norddeutsche Pfenniglosigkeit mit einem Male geklärt werden, nicht zum Schaden unserer ganzen Auffassung vom Werte des Pfennigs überhaupt. . . Die Hausfrau hat gerne mit dem Pfennig gerechnet; vielleicht lernt es der Hausherr auch noch oder wieder. Seine Väter haben ihm den Satz hinterlassen: Wer den Heller nicht ehrt, ist des Talers nicht wert. Darum: Ehre dem Pfennig!“

Die „Kölnische Zeitung“ hat besonders auf das Bier hingewiesen, bei dem denn auch in der Tat die Abschachtung des Pfennigs in Norddeutschland recht kraß bemerkbar wird. Aber wie mit dem Bier, geht es auch bei vielen anderen Waren. Insbesondere die Kleinräumer verstehen das „Abrunden“ nach oben auf eine durch fünf teilbare Summe sehr gut, und die Rabattparvereine unterstützen diesen Gebrauch durch Aufschläge, die später als Rabatt zum Teil zurückgezahlt werden, sehr wirkungsvoll. Den Konsumenten ist daher zu raten, in der Konsumentenvereinschaft ihre Bedürfnisse zu befriedigen, dort kennt man die Abscheu vor den Pfennigen nicht.

**Verhältniswahl zu den Invalidenversicherungsstellen.** Bekanntlich ist der Einfluß der Arbeiterchaft auf die Zusammenlegung der Versicherungsstellen ein außerordentlich geringer und fast verschwindend, besonders dort, wo keine Ortskrankenkassen existieren, wie dies namentlich in Bayern der Fall ist. Die Arbeiter der größten Industriestadt Bayerns — Nürnberg — müssen sich noch heute mit der primitiven und unzulänglichen Gemeindefrankenderversicherung begnügen, weil ihnen die freisinnige Rathausgesellschaft die Ortskrankenkasse gestiftet vorenthält. Demgemäß ist auch die Vertretung der Arbeiter in den Versicherungsausschüssen fast Null. Nachdem aber jetzt Sozialdemokraten in die Gemeindeverwaltung eingezogen sind, streben diese eine Verbesserung an. Der erste Vorstoß wurde am Freitag im Magistrat anläßlich der Wahlen zur Invalidenversicherung unternommen. Der Magistrat hat für die Gemeindefrankenkasse fünf Vertreter der Arbeiter

und fünf Vertreter der Unternehmer zu entsenden. Wie gewöhnlich, wurden von der Kasse eine Anzahl feinausgewählter Herren vorgeschlagen; unter den Vorgesetzten aus Arbeiterkreisen befand sich kein einziger organisierter Arbeiter. Die beiden im Magistrat sitzenden Genossen erhoben gegen diesen Modus Einspruch und beantragten, bei diesen Wahlen eine Art Verhältniswahlsystem anzuwenden in der Weise, daß die freiorganisierten Arbeiter drei Sitze bekommen sollen. Von den Sitzen der Unternehmervertreter wurde nur ein Sitz beansprucht. Unter dem Vorwand, daß erst die Wahlfähigkeit der vorgeschlagenen Genossen geprüft werden müsse, verwies der Magistrat die Sache in die geheime Sitzung. Dort wurden den freiorganisierten Arbeitern zwei Vertreter zugesprochen.

**Kulturdokumente vom Kampfe der Kieler Gemeindearbeiter.** Drahtliche Beweisstücke von der Sonderstellung der Streikbrecher in unserem Rechtsstaate hat der vorbenannte Lohnkampf geliefert. Während der zehnwöchentlichen Dauer desselben bildeten diese, anderen Wachthabern so nützlich erscheinenden Elemente, ausgerüstet mit den gefährlichsten Schlag- und Werdwerkzeugen, eine stete Gefahr für das Publikum. Ihre Utensilien brachten ihnen jedoch öfter eine Einbuße ihrer Waffen. Diese wurden von Interessenten gesammelt, übersichtlich zusammengelegt und jetzt im Kieler Gewerkschaftshaus ausgestellt. Das Verbandsorgan der Gemeindearbeiter „Die Gewerkschaft“ bringt nun in einer der letzten Nummern die bildliche Darstellung. Neben fünf Revolvern und scharfen Patronen prangen da neun Gummischläuche, eine eiserne Kugel mit Handgriff, ein von beiden Seiten geschliffenes und dolchartig zugespitztes Schlächtermesser, sowie die vom Magistrat gestifteten Extrabagagen. Die Revolver sind in verschiedenen Kalibern vertreten, ebenso die Gummischläuche; letztere schwanken in der Länge zwischen 24,5 und 44 Zentimeter, in der Stärke zwischen 1,6 und 4,5 Zentimeter. Vollgummimittel sind nicht dabei, es sind vielmehr hohle Schläuche mit Kolotropfen, Sand, Blei, Kiesel- oder Schraubenschrauben ausgefüllt. Die neu hinzugekommene eiserne Kugel ist 1/2 Pfund schwer, mehrfach durchlöcher, mit Draht umponnen, sowie mit einem Handgriff versehen. Die so ausgestatteten Schlagwerkzeuge gelten jedenfalls genau so wie Revolver als Werdwaffen. Auf einen Dieb kann damit ein Mensch hingestreckt werden. Verschiedene dieser lebensgefährlichen Schlaginstrumente sind in städtischen Betrieben und von städtischem Material gefertigt. Maßgebenden städtischen Beamten soll das nicht unbekannt geblieben sein, man hat auch gewußt, daß die lieben Arbeitswilligen von ihren Waffen nach Herzenslust Gebrauch machten, von einer Umänderung der Zustände war jedoch nichts zu verpinnen. Ungehindert durften die Diebstahls des Magistrats tun, was ihnen beliebte. Einen am Streik vollständig unbeteiligten gewissen Tischler haben sie zum Krüppel geschossen und der wegen Landfriedensbruchs mit einem Jahr Zuchthaus bestrafte Arbeiter Ziegler hat die Schieber der Arbeitswilligen gleichfalls mit längerer Kur im Krankenhause bezahlet müssen, richtig herzustellen ist er heute noch nicht. Manche Arbeiter und selbst Bürger aus den sogenannten besseren Kreisen sind mit den Gummimitteln der damaligen „Herren von Kiel“ bis ausgerichtet worden. Von einer Strafverfolgung Arbeitswilliger hat man bisher noch nichts vernommen. Der Magistrat der Stadt Kiel hat diesen Helfern aus der Not alle möglichen Vergünstigungen gegeben. Nach dem Streikbrecher-Kontrakt erhielten diese den üblichen Lohn, außerdem gemeinsames Unterkommen, freie Verpflegung inkl. Kaffee und bei geregelter Erfüllung des Vertrages 15 M. Prämie. Ferner wurden noch gratis geliefert: pro Tag eine Flasche Bier, Zigarren, Zigaretten, Kautabak, Ansichtskarten und Schreibmaterial. Der von der Verwaltung gedruckte Vertrag verbietet den Leuten aber auch jedwede Organisationszugehörigkeit. Inwieweit der liberale Magistrat das mit seinen Grundanschauungen über Menschenrechte vereinbaren kann, ist ungewiß. Nichtsdestoweniger wurden die Arbeitswilligen in jeder Weise schätlich; zum dauernden Unbedenken an diese Zeit hat sich Direktor Botke von der Strafkammerankunft in ihrer und der Agenten Mitte photographieren lassen. Das ganze Vorgehen in diesem Kampfe zeigt nur zu deutlich, daß nicht bloß System in der Organisation von Streikbrechervollzügen, sondern auch in ihrer Ausrichtung und Behandlung liegt. Früher oder später müssen diese Ausnahmestände aber zum Nachteil der eigenen Begründer und Beschützer ausschlagen.

**Der gesunde Niefenstreik.** Sehr interessant ist die Feststellung der Tatsache, daß die Sterblichkeitsziffer in Stockholm und auch in anderen größeren schwedischen Städten sich seit langen Zeiten nicht so günstig gestaltet hat wie in den Wochen des Niefenstreiks. Die Woche vom 8. bis 14. August setzte in Stockholm geradezu einen „Mortalitätsrekord“; die Sterblichkeitsziffer war nämlich nur 8,7 pro Mille (auf das Jahr berechnet), das ist die niedrigste Sterblichkeitsziffer, die überhaupt in der schwedischen Hauptstadt feststellen gewesen ist. Eine der hervorragendsten medizinischen Autoritäten Stockholms hat sich dahin ausgesprochen, daß diese ungemein befriedigenden Sterblichkeitsziffern wie überhaupt Gesundheitsverhältnisse ganz zweifellos mit dem — Niefenstreik in unmittelbarem Zusammenhang stehen.

Was die Gesundheitsverhältnisse Stockholms während der in Frage stehenden Wochen angeht, so weist die offizielle Statistik zunächst einen Rückgang der epidemischen Krankheiten, vor allem des Scharlachfiebers und der Diphtherie auf. Die wöchentlichen Zahlen sind bedeutend niedriger, vielfach nur halb so groß wie die sonstigen Durchschnittszahlen. Die Sterblichkeitsziffern während des Niefenstreiks haben aber Anspruch auf ein noch höheres Interesse. Während in Stockholm in der Woche vom 8. bis 14. August 1909 nur 57 Todesfälle eintraten, die Sterblichkeit also, wie erwähnt, 8,7 pro Mille betrug, war die Sterblichkeit in der entsprechenden Woche der fünf vorhergehenden Jahre 1905 bis 1901 — im Jahre 1901 sogar 16,8 pro Mille. Vergleicht man aber die Stockholmer „Refordwoche“ mit den Verhältnissen der großen Städte des Auslandes während desselben Zeitraumes, bekommt man erst recht eine Vorstellung von dem überaus günstigen Niveau des Gesundheitszustandes der schwedischen Hauptstadt während des Niefenstreiks. Gegenüber der Stockholmer Mortalitätsziffer von 8,7 pro Mille hatte in demselben Zeitraum beispielsweise Kopenhagen 12,9, Christiania 12,6, London 11,8, Prag 28,3, Wien 14,7 Paris 14,9 pro Mille auszuweisen.

Die Frage nach der Ursache dafür, daß die Gesundheitsverhältnisse Stockholms und der übrigen großen Städte Schwedens während des Niefenstreiks so ausgezeichnete gewesen und sich immer noch weiter zufriedenstellend gestalten, beantwortet der oben angeführte Professor dahin, daß eine Reihe von günstigen Umständen, die der Niefenstreik mit sich gebracht habe, hier zusammenwirkend gewesen seien. Am wichtigsten sei zweifellos der Umstand, daß die großen Scharen, aus denen sich die „Armee des Müßiggangs“ während der Streikwochen zusammensetzte, Gelegenheit gehabt hätten, sich fast unausgeseht unter freiem Himmel, in frischer Luft, aufzuhalten, was der körperlichen Gesundheit natürlich äußerst dienlich gewesen sei. Wie umfassend die für die Arbeitsräume geltenden sanitären Vorschriften auch sein mögen, so sei die Luft in den Arbeitslokalen doch im allgemeinen immer so beschaffen, daß sie in gesundheitlicher Beziehung mehr oder weniger schädlich wirken müsse. Die Bedeutung des Alkoholverbots während des Niefenstreiks dürfe auch nicht unterschätzt werden. Der Branntwein- und Biergenuß sei ja auf ein Minimum gesunken. Wenn der verminderte Alkoholenuß vielleicht auch nicht an sich in der kurzen Zeit einen so großen Einfluß auf die Förderung der Gesundheit während des Niefenstreiks gehabt habe, wie viele meinen, so sei doch schon der verminderte Aufenthalt in den oft schlecht gelüfteten Kneipräumen nützlich gewesen.

## Literatur.

**Die Volksbühne.** Die vom Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei Deutschlands herausgegebenen Einführungen in Dramen und Opern sind seiden um 8 Hefte vermehrt worden, die wir bereits in einer Vorankündigung erwähnt haben. Es sind jetzt schon 24 verschiedene Einführungen erschienen und sollten die in Frage kommenden Vereine bei der Veranstaltung von Theater-Vorstellungen nicht veräumen, für die Besucher diese Einführungen zu beschaffen. Das einzelne Exemplar kostet 10 Pf. Bei Massenbezug wird hoher Rabatt gewährt. Bezugsbedingungen sowie alles Nähere teilt auf Verlangen der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, mit.